

Gewalt-Teilung

Politische Gewalt durch Privatarmeen ist auf den Philippinen weit verbreitet



Privat oder staatlich? In jedem Fall bewaffnet Foto: J. Pasaylo

Das politische und juristische System der Philippinen hat ein strukturelles Problem: Die Ausübung von Gewalt ist kein Monopol des Staates. Zahlreiche Unternehmerfamilien unterhalten eigene Milizen. Wohin das zusammen mit der verbreiteten Straflosigkeit führt, zeigt sich am deutlichsten anhand des aufsehenerregenden Massakers in der Provinz Maguindanao.

von **Maike Grabowski** und **Hannah Wolf**

► Von internationalen Diplomatinen werden die Philippinen oft als »Beispieldemokratie« in Südostasien bezeichnet. Dabei fehlt ein strukturell begrenztes Gewaltmonopol, das seiner originären Aufgabe nachkommt, die Gewaltmittel beim Staate zu konzentrieren und insbesondere Polizei und Militär der öffentlichen und rechtlichen Kontrolle zu unterstellen. Der Einsatz von politisch motivierter Gewalt stellt in den Philippinen ein in weiten Teilen selbstverständliches Instrument der Konfliktaustragung innerhalb der ökonomischen und politischen Eliten dar (Intra-Eliten-Konflikt). Gewalt ist hierbei zu verstehen als Androhung oder Anwendung von physischem oder psychischem Zwang zur Durchsetzung politischer Ziele. Das Ausmaß der Gewalt markiert zugleich die Schwäche als auch die machtvolle Willkür des philippinischen Staates.

Angeheizt wird die Gewalt durch große soziale Ungleichheit, Verteilungskonflikte, die in Landkämpfen und Landraub manifest werden, sowie durch den Kampf um die Ausbeutung von wirtschaftlichen Ressourcen. Das politische und ökonomische System der Philippinen ist geprägt von der engen Verflechtung lokaler, regionaler und nationaler Herrschaftsstrukturen, die sich in den Händen einiger weniger Familien konzentrieren. Diese Eliten waren in der Lage, sich über Jahrzehnte der politischen und ökonomischen Ressourcen des

Landes zu bemächtigen. In diesen Strukturen findet sich eine Vielzahl von lokalen GewaltakteurInnen, die entweder die vorhandenen Machtstrukturen sichern oder sie herausfordern wollen. So existierten 2009 mehr als hundert Privatarmeen, die von Angehörigen der politischen Elite wie Bürgermeistern, Kongressabgeordneten oder Gouverneuren kontrolliert wurden.

Obwohl die 1987 verabschiedete philippinische Verfassung es vorsieht, hat es bisher noch keine Regierung vermocht, diese Milizen aufzulösen oder zu entwaffnen, noch wurden diejenigen strafrechtlich verfolgt, die die Milizen kontrollieren, versorgen und zu privaten Zwecken nutzen.

Beispielloses politisches Verbrechen

► Das prominenteste und extremste Beispiel für die entgrenzte Gewalt und Gesetzlosigkeit stellt das »Maguindanao Massaker« dar. Das Massaker, bei dem 57 Menschen ermordet wurden, ereignete sich am 23. November 2009. Bei den Opfern handelte es sich unter anderem um Angehörige von Esmael Mangudadatu, der seine Kandidatur für das Amt des Gouverneurs in der südphilippinischen Provinz Maguindanao anmelden wollte. Das

Amt hatte damals Andal Ampatuan Sr. inne, der mit seinem Familienklan als uneingeschränkter Alleinherrscher der Region galt.

Da Esmael Mangudadatu bereits im Vorfeld Todesdrohungen erhalten hatte, schickte er Familienmitglieder in die Provinzhauptstadt Sharif Aguak, um die Unterlagen für seine Kandidatur bei den Wahlen im Mai 2010 einzureichen. Die Angehörigen Esmael Magadatus sowie mindestens 32 JournalistInnen, die den Konvoi begleitet hatten, wurden von bewaffneten Männern des Ampatuan-Klans überfallen und hingerichtet.

Am 8. September 2010, fast ein Jahr nach dem Massaker, begann der größte Mordprozess in der philippinischen Geschichte. 197 Angeklagten wird zur Last gelegt, an der Planung und Ausführung des Massakers beteiligt gewesen zu sein. Das Verfahren, das sich nach Ansicht von Insidern noch über Jahre hinziehen

Die Verurteilungsrate bei Mordfällen mit politischem Motiv beläuft sich auf 1,05 Prozent

könnte, gilt als Lackmustest für die Funktionsfähigkeit der philippinischen Justiz. Diese steht weder in dem Ruf unabhängig noch effizient zu sein. Nur bei etwa zwanzig Prozent aller Verbrechen kommt es überhaupt zur Anklage. Die Verurteilungsrate bei Mordfällen mit politischem Motiv beläuft sich auf klägliche 1,05 Prozent. Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der RichterInnen ist im philippinischen Justizapparat eher die Ausnahme als die Regel. Somit ist das Justizsystem in hohem Maße personalisiert, und Rechtsinstanzen dienen denjenigen, die Beziehungen haben.

Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum die Ampatuans seit Jahren ungestraft erpressen, korrumpieren und morden konnten. Polizei, Militär und Justiz standen

auf ihrer Gehaltsliste. Selbst die zur Zeit des Massakers amtierende Präsidentin protegierte den Klan: Gloria Macapagal-Arroyo (2001-2010) war eine enge »Freundin der Familie«, die Ampatuans sicherten ihr bei Wahlen Traumergebnisse und durften im Gegenzug schalten und walten, wie sie wollten. Die Regierung in Manila unterstützte aktiv die Familie und ihre bis zu 5.000 Mann starke Privatarmee. Nach dem Massaker fand man auf den Anwesen der Ampatuans mehr als tausend Panzerfäuste, Mörser und Maschinengewehre aus den Beständen des Verteidigungsministeriums sowie zwei weitere Leichen, bei denen es sich vermutlich um frühere Mordopfer des Klans handelt. Beim Justizministerium sind darüber hinaus Hinweise auf die Existenz eines weiteren Massengrabes eingegangen, in dem mindestens 200 weitere Todesopfer verscharrt sein sollen.

Opposition ist lebensgefährlich

► Durch die faktische Duldung der Privatarmeen haben Kriegsherren wie die Ampatuans und andere lokale und nationale Gewaltakteure wenig bis gar keine Konsequenzen zu fürchten. 2006 erließ Präsidentin Arroyo gar die Exekutivorder 546 und schuf damit einen institutionell legitimierten Rahmen für die Privatarmeen, die nunmehr offiziell geduldet sind.

Kritische Stimmen aus der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, den Medien und der Öffentlichkeit, die eine Funktion der Machtbegrenzung und -kontrolle erfüllen sollten, fallen nicht selten dem ungezügelten Macht- und Gewalt-Oligopol zum Opfer. Die 146 JournalistInnen, die seit 1986 Opfer meist bewaffneter und maskierter Motorradfahrer wurden (allein 104 in den neun Amtsjahren von Präsidentin Arroyo), mussten für die Aufdeckung von Korruptionsskandalen oder von kriminellen Verbindungen einzelner Politiker mit ihrem Leben bezahlen. Vom Tode bedroht sind auch politische AktivistInnen, die die mangelnde soziale Gerechtigkeit und breite Armut thematisieren sowie für fundamentalen Wandel eintreten: Zwischen Januar 2001 und Oktober 2011 wurden 1260 von ihnen ermordet.

Ökonomische Interessen an Land und Boden sind häufig mit denen von Militärs und PolitikerInnen eng verknüpft. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist in Besitz einiger reicher Familien und multinationaler Konzerne, die vor allem exportorientierte Monokulturen betreiben oder natürliche Ressourcen ausbeuten. Polizei, Militärs, Paramilitärs und private Sicherheitsfirmen werden gezielt in den konfliktträchtigen (Bergbau-)Gebieten eingesetzt, um die Interessen der Konzerne und Landbesitzer durchzusetzen und diese

gegen Opposition und Widerstand abzuschotten. Im Zeitraum von Januar 2001 bis Februar 2011 bezahlten nach unterschiedlichen Angaben 23 bis 30 Umwelt- und Anti-BergbauaktivistInnen ihren Widerstand mit dem Tod.

Der Klan der Ampatuans hat ein enormes Vermögen angehäuft, und das in der drittärmsten Provinz des Landes, in der die Armutsrate bei 62 Prozent liegt. Neben einem offiziell deklarierten Vermögen von 11 Millionen Philippinischer Pesos (etwa 200.000 Euro – was in den Philippinen enorm viel ist) nennen die Ampatuans 34 Villen in der ganzen Republik ihr Eigen. Das tatsächliche Vermögen der Familie wird auf 1,3 Milliarden Pesos geschätzt.

Mit ihrem politischen und monetären Kapital ist es den Ampatuans ein Leichtes gewesen, ihre Machtstellung auszubauen, mögliche Konkurrenz auszuschalten und KritikerInnen zum Schweigen zu bringen. Bei den Zeugnissen und den Familien der Opfer des Maguindanao Massakers wird nun Ähnliches versucht: Zahlreiche Familien haben von Mittelsmän-



Oft sind Polizisten auch bei Privatarmeen beschäftigt

nern der Ampatuans Geldbeträge von bis zu fünf Millionen Pesos (rund 83.000 Euro) geboten bekommen – im Gegenzug sollen sie ihre Klagen fallen lassen. Neben dieser Strategie gibt es Gewalt gegen Zeugen. Vier Zeugen wurden nach Aussagen eines fünften Zeugen bereits ermordet. Inzwischen ist auch dieser fünfte Informant einem Anschlag zum Opfer gefallen. Das Justizministerium prüfte seit Monaten seinen Antrag auf Zeugenschutz, als S. Upahm am 14. Juni 2010 von Unbekannten umgebracht wurde. Der Anwalt eines weiteren Zeugen der Tat wurde angeschossen,

und das Haus des Zeugen einen Tag nach seiner Aussage unter Granatenbeschuss genommen.

Da ZeugInnenaussagen im philippinischen Justizsystem das größte Gewicht haben – die forensischen und kriminalistischen Ermittlungstechniken werden nicht ausreichend gefördert und sind daher mehr als dürftig – müssen weitere InformantInnen um ihr Leben fürchten. Je länger sich der Prozess hinzieht, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass zermürbte ZeugInnen ihre Aussagen vor Gericht nicht wiederholen wollen.

Präsident Aquino ist inkonsequent

► Schon jetzt kann man beobachten, dass das öffentliche Interesse am Mordverfahren gegen den Ampatuan-Clan abnimmt. Präsident Benigno Aquino, der sich nach dem Massaker während seiner Wahlkampagne 2010 noch dafür ausgesprochen hatte, die zahlreichen Privatarmeen im Lande zu entwaffnen, damit sich eine solche Gräueltat nicht wiederholen könne, enttäuscht durch mangelnde Konsequenz. Anstatt private Milizen zu entwaffnen, hat er angewiesen, dass staatliche und nichtstaatliche Sicherheitskräfte zum Schutz von Bergbaufirmen eingesetzt werden dürfen. Letztere sind meist in der Hand von einflussreichen Familien und transnationalen Unternehmen und öffentlich nicht kontrollierbar.

Solange die Macht regionaler Eliten nicht gebrochen wird und diese weiterhin staatliche und private Sicherheitskräfte für ihre Partikularinteressen nutzen, fällt die Prognose nicht schwer, dass es in den Philippinen auch weiterhin massenhaft zu politisch motivierten Morden kommt. Die Urteile im Verfahren gegen die mutmaßlichen Täter des Maguindanao Massakers werden daher eine richtungsweisende Bewährungsprobe für den philippinischen Staat sein, die verbreitete Straflosigkeit aufzubrechen und der Rechtsstaatlichkeit gegenüber den vielschichtig verwobenen Machtoligarchien Geltung zu verschaffen.

► **Maika Grabowski** ist Koordinatorin des Aktionsbündnisses Menschenrechte Philippinen (www.menschenrechte-philippinen.de). **Hannah Wolf** ist Vorstandsmitglied im philippinenbüro e.V. und Sprecherin der Menschenrechtsinitiative »Sumabay Tayo! Walking together for Justice!«.